



„Die EU verkommt zur Transferunion“

Die streitbare CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel kritisiert, dass deutsche Steuerzahler für die andauernden wirtschaftspolitischen Verfehlungen anderer Länder gerade stehen sollen

? Der Bundestag hat der Finanzierung des EU-Programms SURE zugestimmt. Danach sollen die Mitgliedsländer Garantien übernehmen, durch die die EU-Kommission dann Kredite bis zu 100 Milliarden Euro aufnehmen kann, um Arbeitsplätze in den betroffenen Staaten zu schützen. Sie haben gegen die Finanzierung von SURE gestimmt. Ihre Gründe?

Sylvia Pantel: Ich habe dagegen gestimmt, weil die Hauptursachen ökonomischer Ungleichgewichte in der EU nicht Konjunkturschwankungen, sondern strukturelle Probleme sind. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist aber nur mit Reformen zu bewältigen, die auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, auf anpassungsfähige Arbeitsmärkte und den Aufbau einer leistungsfähigen Arbeits-

vermittlung in den einzelnen Mitgliedstaaten ausgerichtet sind. Bei diesem Vorgehen handelt es sich um den Einstieg in eine europäische Arbeitslosenversicherung. Zudem orientiert sich diese vermeintliche Corona-Hilfe an makroökonomischen Kennziffern der Jahre 2015-2019. Sie ist also keine Corona-Hilfe im eigentlichen Sinne, denn nicht die von der Pandemie betroffenen, sondern

die am wenigsten wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften mit den größten Reformdefiziten sollen diese Hilfe erhalten. SURE verstößt darüber hinaus – ähnlich wie der 750 Milliarden Euro schwere Europäische Aufbauplan – gegen die Grundprinzipien der Europäischen Union. Damit die Europäische Union Darlehen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zu einem Gesamtvolumen von 100 Milliarden Euro an einzelne Mitgliedstaaten weiterreichen kann, müssen die Mitgliedstaaten als Garantiegeber auftreten und haften, weil diese Summe nicht vom Eigenmittelbeschluss gedeckt ist. Die Entscheidung, ob einem Kreditantrag stattgegeben wird oder nicht, obliegt dabei nicht dem Deutschen Bundestag oder wenigstens analog zum ESM dem Haushaltsausschuss, sondern wird autonom im Europäischen Rat getroffen. Der Deutsche Bundestag hat sich im Zuge der Eurokrise seit 2010 sorgsam seine Mitwirkungsrechte als Haushaltsgesetzgeber gesichert, die nun leichtfertig preisgegeben werden. Außerdem verstößt SURE erkennbar gegen das Verschuldungsverbot und andere haushälterische Prinzipien der Europäischen Union, die in Art. 310-312 AEUV verankert sind.

? Steht das europäische Hilfsprogramm nicht in fundamentalem Widerspruch zu den jahrzehntelangen Kernpositionen von CDU und CSU, weil das Programm den Einstieg in eine europäische Transferunion, finanziert durch Schulden, bedeutet?

Sylvia Pantel: Korruptionsbekämpfung und eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sind Maßnahmen, die nachhaltig eine positive wirtschaftliche Entwicklung begünstigen. SURE ist die Vorstufe einer EU-weiten Arbeitslosenversicherung und kann an den strukturellen Problemen nichts ändern. Dadurch finden lediglich Transfers in strukturell schwächere Staaten statt. Solange diese strukturellen Unterschiede bestehen, darf man diese Probleme nicht mit Transfers übertünchen. Stattdessen müssen die betroffenen Staaten alles dafür tun, um in Zukunft nicht von finanzieller Hilfe aus dem Ausland angewiesen zu sein. Nur so kann sich langfristig etwas an der wirtschaftlichen Ungleichheit in der EU ändern.

? Sind Zahlungen aus dem 500-Milliarden-Hilfspaket für Italien überhaupt zu rechtfertigen? Nach Berechnungen Ihres Bundestagskollegen Frank Schäffler und des Ökonomen Daniel Stelter verfügt Ita-

liens Bevölkerung, bedingt durch die höhere Wohneigentumsquote, über ein deutlich höheres Vermögen als die Bevölkerung Deutschlands. Laut Daniel Stelter würde eine Vermögensabgabe von einmalig 20 Prozent von den italienischen Steuerzahlern genügen, um die italienische Staatsverschuldung um 100 Prozent des Bruttonationalprodukts zu senken. Selbst nach einem solchen Schritt, so Stelter, hätten die italienischen Privathaushalte noch mehr Vermögen als die deutschen Privathaushalte.

Sylvia Pantel: Die Summe konnte erfreulicherweise vor allem aufgrund des Einsatzes der skandinavischen EU-Mitgliedsstaaten, der Niederlande und Österreichs gesenkt werden. Aber sie bleibt dennoch zu hoch. Deutschland wird mit Abstand am meisten einzahlen, da fällt der Zuschuss für Ostdeutschland kaum ins Gewicht. Das Geld kommt aus den zahlreichen deutschen Steuerquellen, mit denen wir deutsche Unternehmen und Bürger belasten. Mir ist es ein Rätsel, warum deutsche Steuerzahler für die andauernden wirtschaftspolitischen Verfehlungen anderer Länder gerade stehen sollen. Selbst wenn man die von Herrn Stelter vorgeschlagene Vermögensabgabe senken und auf weniger Vermögensquellen anwenden würde, blieben die italienischen Haushalte weiterhin überdurchschnittlich wohlhabend und die Mittel für die Bekämpfung der Krise könnten von ihnen selbst aufgebracht werden. Solidarität beginnt im eigenen Land und nicht bei den Nachbarn im Ausland. Die EU

verkommt zur Transferunion und wird als Selbstbedienungsladen genutzt.

? EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erwägt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Hintergrund ist, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht eine abweichende Meinung gegenüber dem Europäischen Gerichtshof in Bezug auf das Mandat der Europäischen Zentralbank vertritt. Wie bewerten Sie die Absicht von der Leyens? Auch vor dem Hintergrund, dass die EU kein Staat ist und daher die demokratische Legitimation nur von den Mitgliedsstaaten abgeleitet ist.

Sylvia Pantel: Das Bundesverfassungsgericht unterstellt der Europäischen Zentralbank, dass sie ihr Mandat für die Geldpolitik überspannt habe. Nun ist es im Bereich des Möglichen, dass ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet werden könnte. Ich halte das aber für den falschen, eskalierenden Weg. Es kommt jetzt darauf an, dass die EZB ihre Geldpolitik vor allem im Bereich der Anleihekäufe umfassend begründet und die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen darlegt. Diese wird zurecht und nicht nur vom BVerfG hinterfragt. Das Recht muss eingehalten werden, begründet aber auch kritisiert werden dürfen. Nur dann haben wir ein solides rechtliches Fundament. Wer juristische Willkür in Nationalstaaten kritisiert, ist deswegen selber nicht über eine solche Kritik erhaben und muss sich an denselben Maßstäben messen lassen. ■



Mit Sylvia Pantel sprach Joachim Schäfer